

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Reich gegen Preußen.

## Ausrufung des Staatsgerichtshofes. — Protest der preußischen Regierung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Dr. Marchli (Dnat.) die sofortige Beratung einer Großen Anfrage seiner Partei, ob das Staatsministerium bereit sei, gegen die linksradikale Agitation einzuschreiten, die namentlich von roten Frontkämpfern, besonders in der letzten Zeit, betrieben werde und an verschiedenen Stellen des Landes die bürgerlichen Kreise einschüchtern wolle. (Hu-hu-Rufe bei den Kommunisten.)

Die sofortige Behandlung der deutschnationalen Anfrage scheitert geschäftsordnungsmäßig an dem Widerspruch des Abg. Heilmann (Soz.).

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Nach Erledigung von Eingabenberichten gelangt eine

### Große Anfrage der Regierungsparteien

zur Beratung, ob die Berufung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther in den Verwaltungsrat der Reichsbahn mit Einverständnis des Staatsministeriums erfolgt ist und, falls nicht, welche Schritte das Staatsministerium zu unternehmen gedenke, um die bei Befehung dieses Postens dem Lande Preußen zustehenden Rechte zu wahren.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erhält sofort

### Ministerpräsident Braun

das Wort. Er führt aus: Ich habe in einer eingehenden Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler die Rechtsansprüche Preußens für die Befehung des freien Postens im Verwaltungsrat der Reichsbahn dargelegt. Ich habe diese Ansprüche begründet und darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung sie aufrechterhalten müsse. Der Herr Reichskanzler hat zugestimmt, die Angelegenheit einmal dem Reichsverkehrsminister vorzutragen und im Kabinett darüber zu beraten. Unter dem 5. Juli hat der Herr Reichskanzler an die preußische Staatsregierung das folgende Schreiben gerichtet:

„Am Anschluß an unsere letzte Unterredung über die zu befehende Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die Reichsregierung auch nach nochmaliger eingehender Prüfung der Rechtslage zu dem Ergebnis gekommen ist, daß

ein Anspruch Preußens auf Benennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht gegeben ist. (Lebh. Hör! Hör!)

Die Reichsregierung hat nunmehr in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, den Reichskanzler a. D. und früheren Oberbürgermeister von Essen, Herrn Dr. Luther, zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn zu ernennen (erneutes lebh. Hör! Hör! Rufe bei den Komm. Schiebung!). Sie ist bei diesem Beschluß von der Ueberzeugung ausgegangen, daß gerade die Wahl dieser Persönlichkeit (anhaltende Unterbrechungen links und Rufe: Rette Persönlichkeit!) volle Gewähr für die erforderliche Wahrung auch der Interessen Preußens bietet.“

Die Staatsregierung hat sich gestern mit dieser Mitteilung der Reichsregierung beschäftigt und unter dem heutigen Datum dem Herrn Reichskanzler folgende Antwort zugehen lassen:

### Caillaux' großer Anfangserfolg.

#### Rücksichtslose Offenheit. — Die Klippe des Washingtoner Abkommens.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Finanzgipfel Caillaux' in der Kammer wird von der Presse durchweg als großer moralischer Anfangserfolg Caillaux' gebucht. Bis in die Blätter der Linken hinein findet man Worte unvorbehaltener Anerkennung für die rücksichtslose Offenheit, mit der Caillaux zum ersten Male Frankreich vor seine wahre Finanzlage gestellt hat, die man bisher der großen Masse immer beschönigt. Derselbe Eindruck der Rede ist in Kammer und Senat zurückgeblieben. Ob es aber deshalb Caillaux gelingen wird, in der Kammer eine Mehrheit um seine Entwürfe zu sichern, hängt von der Entwicklung der parlamentarischen Schlacht ab, die am Dienstag erst begonnen hat. Caillaux hat das Sanierungsprogramm, das man dem seinen entgegenhält, kurz und beinahe verächtlich abgelehnt. Die Ratifikation des Washingtoner Finanzabkommens berührte er mit einigen kurzen Worten, stellte sie als eine absolute Notwendigkeit hin und schien schon mit der vollendeten Tatsache dieser Ratifikation zu rechnen. Es bleibt abzuwarten, ob er Blum und Lardieu gegenüber dieselbe Sicherheit behaupten wird.

### Völkische Rowdies.

#### Einnütige Abwehr in Weimar.

Weimar, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Weimarer Stadtrat nahm am Dienstagabend zu den Ausschreitungen der Falkenkreuzer während ihres Weimarer Parteitagessitzung Nicht eine Stimme erhob sich, um die wüsten Ausschreitungen zu verteidigen; vielmehr verurteilten die Redner aller Fraktionen, von der äußersten Linken bis zur Rechten, die unglücklichen Vorkommnisse vom Sonnabend und Sonntag. Stadtdirektor Dr. Müller bestellte die Polizei in sehr vielen Fällen eingreifen mußte, um schwere Zusammenstöße zu verhindern, und daß zahlreiche Schutzmassen bei den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden.

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Von dem Schreiben vom 5. d. M., in dem Sie mir mitteilen, daß die Reichsregierung einen Anspruch Preußens auf Benennung einer Persönlichkeit für die freie Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht für gegeben erachtet, und daß sie den Reichskanzler a. D. Herrn Dr. Luther zum Mitgliede des Verwaltungsrats ernannt hat, habe ich Kenntnis genommen. Die preußische Regierung bedauert auf das lebhafteste, daß sich die Reichsregierung zu einer derartigen

### offenkundigen Brückierung des Landes Preußen

hat entschließen können. (Lebh. Sehr wahr!) Ich muß das Vorgehen des Reiches so nennen, da die Reichsregierung nicht einmal den Versuch gemacht hat, den in meinem Schreiben vom 20. März d. J. eingehend begründeten Rechtsstandpunkt Preußens zu widerlegen und den Nachfolger des preußischen Mitgliedes des Verwaltungsrats, des vor Jahresfrist verstorbenen, seinerzeit auf den Vorschlag Preußens ernannten Geh. Kommerzienrats Arnhold, ernannt hat, ohne auch nur mit der preußischen Regierung darüber Fühlung zu nehmen. (Lebh. Hör! Hör!)

Die Reichsregierung befreit sich somit durch einen Federstrich die am 25. März 1924 zwischen ihr und der preußischen Regierung zur Auslegung des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich ausgetauschten Erklärungen nicht nur hinsichtlich der Vertretung der preußischen Regierung im Verwaltungsrat, sondern auch hinsichtlich aller übrigen in den „Erklärungen“ getroffenen Abreden; denn die Rechtslage, wie die Reichsregierung sie aufstellt, muß natürlich für alle Bestimmungen der „Erklärungen“ die gleiche sein.

Die preußische Regierung wird daher durch Feststellung der Rechtslage eine Entschlebung des Sondergerichtshofes herbeiführen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Persönlichkeit des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther scheidet, wie ich ausdrücklich betonen möchte, bei dieser Erörterung der Angelegenheit völlig aus.

Die oben von mir gekennzeichnete Form der Erledigung dieser Angelegenheit bedeutet eine Rücksichtslosigkeit, die die preußische Regierung nach ihrer ganzen bisherigen Einstellung und ihrem äußerst entgegenkommenden Verhalten von der Reichsregierung nicht erwarten konnte (Zustimmung) und die zu meinem lebhaften Bedauern zur Folge haben muß, daß sie zu einer erprießlichen Führung der Reichs- und Staatsgeschäfte so nötige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Regierung des Landes, das mehr als die Hälfte des Reiches ausmacht, durch die Schuld der Reichsregierung in Zukunft sehr erschwert werden dürfte. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

Braun.

Auf Forderung der Deutschnationalen und Kommunisten trat das Haus in eine Besprechung der Großen Anfrage ein. Der erste Redner, Abg. Roth (Dnat.) stimmte dem Ministerpräsidenten zu und betonte ebenfalls, daß das Vorgehen des Reiches eine Brückierung Preußens darstelle, da Preußen zweifellos rechtlich begründete Ansprüche auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn habe.

Der Stadtdirektor nahm die Weimarer Bürgerschaft in Schutz gegen die unflätigen Angriffe, zu denen sich der völkische Abg. Streicher-Nürnberg bei einer Kundgebung auf dem Markt hinreichend ließ.

Gegen 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, des Zentrums und der Aufwertungspartei sowie des deutschnationalen Stadtoberstehers eine Entschlebung angenommen, in der scharfe Vermahnung eingelegt wird gegen die unerhörten Uebergriffe und Gewalttätigkeiten gegen friedfertige Bürger Weimars durch die Nationalsozialisten während ihres zweiten Parteitagess. Der Stadtdirektor wird beauftragt, die thüringische Regierung zu ersuchen, den Nationalsozialisten in Zukunft die Abhaltung von Parteitagess in Weimar zu verbieten, da durch solche Tagungen das Kulturniveau Weimars geschädigt werde. Selbst der nationalsozialistische Vertreter im Stadtrat sah sich genötigt, bei der Abstimmung sich der Stimme zu enthalten. Der Stadtrat beschloß, die angenommene Entschlebung in Weimar öffentlich anzuschlagen zu lassen.

### Vertagung der Abrüstungsarbeiten.

#### Deutscher und amerikanischer Vorbehalt.

Genf, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Militärkommission der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz hat am Dienstag ihre Beratungen bis zum 2. August unterbrochen. Die bisherigen Beschlüsse umfassen Definition und Klassifikation der Rüstungen in Friedens- und Kriegszeit, Bestimmungen für die Abrüstungsmöglichkeiten und eine Normenfestsetzung für die Vergleichen der Rüstungen. Im ganzen hat der französische Standpunkt in allen wichtigen Fragen obgesiegt. Die deutsche Delegation hat den Vorbehalt angefügt, daß sie, wenn die Reservisten und die Bestände an Kriegsmaterial auch in der zweiten Belegung von der Vergleichbarkeit und Beschränkbarkeit ausgeschlossen bleiben sollen, die Abrüstungsbestrebungen als gescheitert betrachtet müßte.

### Die Staatserhaltenden.

#### Zum Aufruf der Herren Jarres und v. Gahl.

Von Rudolf Breitscheid.

Die Herren Jarres und von Gahl begründen ihren Aufruf zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei mit dem Hinweis auf den „im tiefsten Sinne staatsertreuenden Charakter“, der beiden Parteien gemeinsam sei. Das Wort von den „Staatserhaltenden“ ist uns vertraut. Wir haben den Klang noch im Ohre aus der vorrevolutionären Zeit. Staatserhaltend nannten sich damals in erster Linie die Konservativen, und bis zu einem gewissen Grade wurden auch die Rationalliberalen dieser ehrenvollen Bezeichnung gewürdigt, oder sie würdigten sich wenigstens ihrer selbst. Damit war eine Schranke aufgerichtet gegen die anderen, in erster Linie natürlich gegen die „staatszerstörende“ Sozialdemokratie, aber auch gegen das Zentrum und den Freisinn. Es war im Grunde immer nur eine Minorität, die das rühmende Prädikat für sich in Anspruch nehmen konnte. Jetzt taucht die schmeichelhafte Kennzeichnung, angewendet auf die beiden Rechtsgruppen, aufs neue auf, nur geschmückt mit dem Zusatz „im tiefsten Sinne“.

Der Sinn ist offenbar so tief, daß nur die Begnadeten selber ihn erfassen können. Wer nicht zu ihnen gehört, wird nie bis zu ihm hinaufsteigen vermögen. Inwiefern waren die alten Konservativen staatsertreuend? Sie setzten sich für die Erhaltung eines Staates ein, der nach ihren Wünschen aufgebaut war. Der Staat war für sie die Monarchie mit ihren Privilegien für die Junkerliche und militärische Kaste. Der Staat war der Verteidigung wert, weil sie ihn regierten, weil er ein Obrigkeitstaat war, in dem sie die Obrigkeit bildeten, weil er ein Werkzeug war in ihrer Hand und gleichzeitig eine Quelle des Ruhms, des Vorteils und des Gewinns für sie und ihre Sippe.

Inzwischen ist an die Stelle der Monarchie die Republik getreten, und an die des Halbabsolutismus zum mindesten nach dem Wortlaut der Verfassung die Demokratie. Die Vorrechte der Geburt und der Klasse gelten als beseitigt. Den Deutschnationalen ist diese Republik ein Grauel, dessen Beseitigung sie offen und unerbittlich anstreben, und für die Deutsche Volkspartei ist die Republik eine Sache, von der man am liebsten nicht spricht und zu der man sich sicher nicht bekennt. Es hat unter diesen Umständen seine Schwierigkeiten, das alte Schlagwort ohne weiteres wieder zu verwenden. Wer ehemals die Monarchie erhalten wollte und sie jetzt wieder einführen möchte, kommt in gewisse Konflikte, wenn er sich heute wie damals als staatsertreuend bezeichnet. So hält man es für zweckmäßig, sich mit dem dunklen Zusatz „im tiefsten Sinne“ über den inneren Widerspruch hinwegzuhelfen. Man gibt ein Rätsel auf und überläßt seine Lösung dem neugierigen Publikum.

Doch wenn auch nicht mit dem erwähnten Aufruf selbst, so werden doch an anderen Stellen den nach dem tieferen Sinn Forschenden gewisse Anhaltspunkte für ihre mühevollen Arbeit gegeben, und damit werden dann zugleich die Bedenken der anderen gegen die Wiederaufrichtung der Herrschaft der Staatserhaltenden zu zerstreuen gesucht. Gerade in den letzten Tagen wieder setzte die „Deutsche Tageszeitung“ auseinander, daß es sich für die positiv eingestellten Parteien überhaupt nicht um die Staatsform, sondern nur um den Staat selber handeln könne. Was positiv eingestellte Parteien sind, wird wiederum nicht gesagt, aber wir dürfen wohl ohne weiteres annehmen, daß darunter die bürgerlichen Parteien zu verstehen sind oder wenigstens derjenige Teil von ihnen, dessen die Rechte zu einer Mehrheitsbildung bedarf. Ihm wird die These von dem Unterschied zwischen Staat und Staatsform vorgetragen.

Der Unterschied besteht in der Tat. Der Staat als Begriff bleibt bestehen, auch wenn seine Formen sich ändern. Das Deutsche Reich als Staat ist durch die Revolution vom 9. November 1918 nicht zerstört worden. Es hat nur eine andere Verfassung erhalten, und aus der Verfassung sind andere Rechte entstanden. Aber geht denn nun heute etwa der Kampf um den Staat als solchen und nicht vielmehr um das, was man seine Form nennt? Indem man den Staatsbegriff in den Vordergrund stellt, will man doch nur die Aufmerksamkeit von der Staatsverfassung ablenken. Der Staatsbegriff ist nicht bedroht, aber die republikanische Verfassung kämpft nach wie vor um ihre Existenz, und die, die ganz allgemein vom Staate sprechen, den sie erhalten wollen, verfolgen nur die Absicht, ihr Streben nach einer Beseitigung der gegenwärtigen Staatsform zu verbergen. Sie wollen, da sie allein zu schwach sind, ihre Pläne zu verwirklichen, diejenigen, deren unbewußter Mitwirkung sie bedürfen, einlassen und irreführen. Statt Politik sprechen sie Philosophie und konstruieren einen Idealbegriff vom Staate, der mit seinen praktischen Erscheinungsformen nichts zu tun habe. Diese Konstruktion aber ist natürlich nur für den Gebrauch der anderen bestimmt, sie selbst wissen sehr genau, welchen Staat sie meinen und welchen Staat sie schaffen wollen, um ihn zu erhalten.

Das Gaukelspiel ist durchsichtig, aber da es ja immer noch brave Bürger gibt, die sich durch solchen Hofuspokus blenden lassen, ist es gut, seine Bedeutung und seine Zwecklosigkeit klarzustellen. Auch deshalb, weil es nicht an solchen fehlt, die der Sozialdemokratie eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Staat nachsagen und deshalb auf die Sammlungsparole der Staatsverteidiger hineinfließen können. Frei-

lich, wir sind weder in dem vorgeschobenen noch in dem wirklichen Sinne der Rechtsparteien staatszerstörer. Wir wissen, welche ungeheuren Wandlungen der Staatsbegriff und der Staat selber im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht hat. Hier gibt es keinen Ewigkeitswert, und auch die heutige Republik befähigt ihn selbst dann nicht, wenn ihr Inhalt ihrer Form vollkommen entspräche. Aber trotzdem schützen wir auch die Form gegen die Staatserhaltenden von gestern, und wir sind bereit, mit denen zusammen zu gehen, die mit uns der Überzeugung sind, daß sie einen dem Interesse des Volks dienenden und dem Willen seiner Mehrheit entsprechenden Fortschritt darstellt. Gegen eine solche Front werden die „tieftinnigen“ Herren um Gayl und Jarres vergebens anrennen.

### Die kalte Schulter der Volkspartei.

Der Sammlungsruß der Herren Jarres und von Gayl ist von der deutschnationalen Presse mit Sympathie aufgenommen worden. Das entspricht den Hoffnungen, die die Deutschnationalen an das Scheitern der Fürstenvorlage geknüpft haben.

Die parteioffizielle Korrespondenz der Deutschen Volkspartei jedoch winkt ab. Sie schreibt:

„Darüber hinaus wird man aber vor allem darauf hinweisen müssen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet, praktisch nicht möglich ist. Bevor man daher den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit zwischen Deutschnationaler Partei und Deutscher Volkspartei überhaupt erörtern kann, müßte diese Divergenz beseitigt sein. Aber auch dann kann sich das engere Verhältnis nur aus einer längeren tatsächlichen politischen Entwicklung ergeben. Ob diese Entwicklung eintritt, kann niemand vorher sagen. Die Ergebnisse der letzten Jahre können nach dieser Richtung jedenfalls nicht optimistisch stimmen.“

Die Deutsche Volkspartei zeigt also dem Wirken der Jarres und Gayl die kalte Schulter.

### Kommunistische Bischöfe. Zellenbildung im Episkopat.

Ernst Thälmann, der derzeitige „große Führer des revolutionären Proletariats“, hat auf dem Berliner Bezirksparteitag der Kommunisten ein ausführliches, sorgfältig für ihn ausgearbeitetes Referat vorgetragen, das zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter in der eigenen Partei die Erfolge der KPD in hellstem Lichte erstrahlen läßt. Man muß ihm also mancherlei zugute halten. Der Zweck heiligt offenbar die Mittel. Immerhin, ein klein wenig erstaunt ist man doch, wenn man diesen Triumphgesang auf die genialen Führerqualitäten unserer kommunistischen Nachbarn liest. 15 Millionen Stimmen für den Volksentscheid! Welch ein Erfolg der KPD! Ganz Deutschland marschiert hinter Ernst Thälmann! Rot Front! Bisher haben wir immer angenommen, daß die Erfolge beim Volksentscheid trotz des kommunistischen Tamtams errungen worden sind. Das ist aber ein menschewistischer Irrtum. Die 15 Millionen Stimmen gehören Ernst Thälmann und seinen Mannen. Thälmann und die KPD haben aber sogar etwas fertig gebracht, was bisher noch nie erreicht worden ist.

Die Partei hat durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik es verstanden, die breiten Massen der Arbeiterklasse und der Kleinbürger aufzurufen, zu mobilisieren und in eine geschlossene Front zu bringen. Bereits bei der Einleitung des Volksbegehrens hatte die kommunistische Partei die Führung der Kampagne fest in der Hand.

Das Resultat der Abstimmung hat gezeigt, daß es uns zum erstenmal gelungen ist, in den wichtigsten Industriegebieten die ausschlaggebendsten Schichten des Proletariats zu mobilisieren. In 11 Wahlbezirken, wo das Zentrum seine Domänen hat, haben 1.270.000 katholische Arbeiter und Bauern für die Enteignung der Fürsten gestimmt. Das ist nicht nur der Ausdruck einer Rebellion in den proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten des Zentrums. Selbst eine Reihe von Bischöfen haben sich in dieser Bewegung, wenn auch nicht offen, für die Enteignung der Fürsten erklärt.

Selbst im Episkopat, vom niederen Klerus ganz zu schweigen, hat die kommunistische Zellenbildung Erfolg gehabt. Es gibt richtiggehende katholische Bischöfe, die sich für die Parolen der Kommunisten einsetzen! Da kann der Sieg der Weltrevolution, mindestens in Deutschland, nicht mehr fern sein. Die Sozialdemokratie wird also schon von allen Seiten umzingelt, links von den Mannen Thälmanns und rechts von den katholischen Arbeitern unter Führung katholischer Bischöfe. Ueberall kommunistischer Ansturm! Das merkwürdigste dabei ist nur, daß Berliner Arbeiter solch kritiklosen Uninn sich ohne Widerspruch vorsetzen lassen.

### Gegen die Potemkin-Heße.

#### Württembergische Kreise fordern Aufhebung des Potemkin-Verbots.

Heilbronn, 7. Juli. (Mit.) Die hiesige Presse veröffentlichte gegen das Verbot des Potemkin-Films durch die württembergische Regierung gerichtete Erklärung von Heilbronner Persönlichkeiten. Es wird darin betont, daß die Begründung des Verbots nicht stichhaltig erscheint. Es heißt dann: „Die Unterzeichneten wünschen dringend, daß die württembergische Regierung das Urteil über die Zulassung des Films in die Hände eines Ausschusses von Sachverständigen lege, in dem auch die Vertreter von Kunst, Literatur, Presse, Schule und Volksbildung zu Worte kommen. Unterschrieben ist die Rundgebung u. a. auch vom ersten Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes, Geh. Rat Dr. Bruckmann, Oberbürgermeister Beutner, Landtagsabgeordneter Ulrich, den Pressevertretern Dürr, Franke und Schaber sowie einer Reihe von Mitgliedern des Gemeinderates und des Künstlerbundes.“

Diese Rundgebung ist die beste Antwort auf die dauernden Angriffe der Berliner reaktionären Presse, die bis zur „Täglichen Rundschau“ hin das Verbot des Potemkin-Films fordert. Die Ausnutzung von Zitaten der „Promda“ ist dabei gerade so hinfällig wie die Zitierung von allem möglichen Blödsinn, den die „Kote Fahne“ verbreitet. Es handelt sich gar nicht bei dem Verbot um die politische Stellungnahme zu den Absichten der Kommunisten, es handelt sich vielmehr um das prinzipielle Festhalten an der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes, daß ein Film nicht wegen seines politischen Inhaltes verboten werden darf. Wollte die Linke die Logik der Rechtspresse anwenden, dann müßte sie für das Verbot des „Ferdinand“ und anderer monarchistischer Machwerke eintreten, die sich außerdem noch dadurch auszeichnen, daß sie allergewöhnlichster Klischee sind. Beim Potemkin-Film handelt es sich aber um ein Kunstwerk ersten Ranges. In Berlin haben sich der Rundgebung gegen das Verbot des Potemkin-Films eine Reihe weiterer hervorragender Persönlichkeiten angeschlossen, so u. a. der Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas, Georg Kaiser, Klabend, Max Liebermann, Heinrich Zille und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß die Filmoberprüfungsstelle sich durch keinerlei reaktionäre Treibereien zu einer ungesunden, parteipolitischen Haltung bei der Beurteilung des Potemkin-Films drängen lassen wird.

### Der Gaskrieg.

#### Eine Aeußerung des Oberleutnants Boelcke.

In der „Frankfurter Zeitung“ nimmt Oberleutnant Boelcke als Waffenexperte zu dem Vortrag von Professor Haber über den Gaskrieg das Wort. Er schreibt:

„Prof. Haber hat recht, wenn er den Zukunftskrieg aus der Luft gegen die Zivilbevölkerung als Ungeheuerlichkeit hinstellt. Ich glaube jedoch, daß gerade die Gasverwendung dabei das fürchtbarste sein wird. Die Versuchsversuche sind unmaßgeblich, allein schon, weil Gasmengen, die einem Soldaten wenig anhaben, unter Kranken und Kindern Rosenopfer fordern werden. Nun male man sich aber aus, welchen Zustand die Begleiterscheinungen eines Gasangriffs in einer dichtbewohnten Großstadt

herbeiführen würden: die Paniken, die scheußlichen Formen des Lungenerkrankungen, Angstzustände und sonstigen Vergiftungsformen, die tage-, ja wochentlangen Nachwirkungen gewisser Gase, alles dies sind Dinge, die unvorstellbare Katastrophen zeitigen müssen. Was besagen demgegenüber Erfahrungen, die auf Gasangriffen gemeldet wurden? Es ist bezeichnend, daß im Weltkrieg keiner der Kriegführenden die Verantwortung für derartige Scheußlichkeiten übernehmen wollte, offenbar doch, weil die politischen Folgen in der ganzen Welt unvorstellbar gewesen wären. Zustimmung muß ich haben, wenn er Deutschland die Möglichkeit der Gaskriegführung abspriicht, Kampfgase sind unbeständig. Wer sie bei Kriegsausbruch verwenden will, muß Fabriken, Rohstoffe und eingespieltes Personal eigens für sie bereit haben, wie es anscheinend im Auslande, aber sicher nicht in Deutschland, der Fall ist.“

Eine prinzipielle Differenz besteht nicht zwischen Professor Haber und Oberleutnant Boelcke. Während dieser mehr die seelische Wirkung des Gasangriffs in den Vordergrund stellt, verweist jener auf die physische Wirksamkeit. Im politischen Ziel stimmen beide überein.

### Die Sprachenfrage im Elsaß.

#### Der Aufruf der elsässischen Sozialisten.

In einem Pariser Telegramm im Morgenblatt vom 1. Juli hatten wir von einem Aufruf der elsässischen Sozialisten berichtet, in dem es geheißen haben soll, „die sogenannte Muttersprache sei eine literale Forderung“. Nachdem nun der Aufruf im Wortlaut vorliegt, betrachten wir es als unsere Pflicht festzustellen, daß eine derartige Wendung in ihm nicht enthalten ist. Der die Sprachenfrage betreffende Passus des Aufrufs hat folgenden Wortlaut:

Eine der wichtigsten elsässischen Fragen, die noch auf lange hinaus immer wieder Mißverständnisse zwischen die alten und die neuen Departements Frankreichs zu schieben droht, ist die Sprachenfrage.

Die Sozialistische Partei, die bereits vor dem Krieg für die Zweisprachigkeit in der Volksschule aus Grenzlandsgründen heraus eintrat, bleibt nach wie vor auf diesem Standpunkt stehen.

Da es aber eine unverkennbare Notwendigkeit ist, daß in möglichst naher Zukunft die die elsässisch-lothringischen Departements vom übrigen Frankreich trennende Sprachenmauer falle, weil sich gerade den unteren Volksschichten die mangelnde Kenntnis der französischen Sprache nicht für alle Zukunft hemmend, abschließend und einengend entgegenstellen darf, ist es unbedingt nötig, daß die französische Sprache als Grundlage des Schulunterrichts genommen wird.

Ob dabei der direkten oder der indirekten Methode der Vorzug zu geben ist: diese sekundäre Streitfrage zu lösen, überlassen wir den Schullehrern.

Die bis heute erzielten Resultate widerlegen im übrigen die haltlose Agitation derer, die, unter Berufung auf ihr „Recht auf die Muttersprache“, für ewig der Bevölkerung von Elsaß und Lothringen aus kurzfristigen Gründen das Eindringen in das französische Geistesleben verriegeln möchten.

Zweisprachigkeit bei Gericht und Beherrschung beider Sprachen durch alle die Beamten, die mit der Bevölkerung in direkte Berührung treten, ist eine Forderung, zu der wir uns nach wie vor bekennen.

Die Forderung auf deutsche Theateraufführungen besonders zu betonen, dürfte wohl nicht mehr nötig sein, da die Sozialisten überall dort, wo sie die Gemeindeverwaltung in ihren Händen haben, sich bis heute bestrebt, im Rahmen des Möglichen deutsche Vorstellungen zu schaffen, und da seit dem 11. Mai 1924 deutsche Truppen unbehindert Gastspiele geben können.

Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit des Elsaß zurückzukommen, möchten aber zunächst ein Mißverständnis der Berichterstattung berichtigen, das den Boden der Diskussion zu verschieben geeignet wäre.

### Eröffnung der Zugspitzenbahn.

Von Heinz Reuberger.

Ein Tag Grau in Grau. Wenig verheißungsvoll für die Eröffnung einer Bergbahn. Aber dennoch: schon die Bahnfahrt an bayerischen Seen vorüber ist voll Reiz, erfüllt mit allen Stufen der Abstufung dunkler Tönungen. Der Starnberger See mit leicht geträubelten Wellen mischt sein weißliches Grau in dem des Horizonts; dunkel glänzend, geheimnisvoll schimmernd grüht in Rurnow der Staffelsee. Hinten glänzt der Reuschnee des Wettersteinsgebirges. Der Aromer, Garmischs Wetterprophet, fesselt den Blick. Er hat „nn hui“ und dann wird's „Wetter gut“. Aber verschleiert ist ein anderer Wetterprophet, der Daniel, drüben in Trol, der Nachbar der Zugspitze.

Garmisch und die kürzlich erbaute Kreuzbahn entschwinden dem Blick. Und dann ist Ehrwald erreicht, dieser freundliche Ort am Fuß der Zugspitze und der Riesinger Berge. Wolken umkreisen das Zugspitzenmassiv, und so ist die schottige Fuhwanderung zur Talstation Obermoos ein Hochgenuß. Gleich am Bahnhof Ehrwald biegt die neuerbaute Autostraße links ab; sie bietet die landschaftlichen Reize, die früher nur der Tourist genoss, der über die Täler zum Eissee wanderte: zur Rechten die Zugspitze, links der Daniel, alle von Reuschnee stark bedeckt. Ruhelosen läuten von den Hängen und aus dem Vermooser Tal.

Tief im Wald liegt die Talstation der Zugspitzenbahn. Ein schneeweißes freundliches Gebäude, in dem die Lebhaftigkeit der letzten Jurüstung herrscht. Mittags kann ich dann nach der Höhe fahren. Regen hat eingeschlagen, aber die Sicht noch nicht gehemmt. In der kleinen, grauschimmernden Kabine aus ganz leichtem, aluminiumartigem Metall haben 19 Fahrgäste, von denen vier sitzen können, und der Wagenführer Platz. Ehrwürdige Stauenen herrscht, zuerst vor dem Wunderwerk der Technik, das die Ingenieure in knapp 1½ Jahren geschaffen haben, dann vor der Allgewalt der Natur, die erbeben läßt und erzittern und dann wieder höchstes Glück gibt, Bergseligkeit, reinste innerste Befreiung.

Zunächst geht's über dem Hochwald dahin, mindestens 100 Meter über dem Erdboden. Nach Stufe II, einem gewaltigen Eisenbetonsockel, passieren wir die Grenze der Baumzone, der nackte Fels ist uns nah, Schuttorn liegen unter uns und Schneewälten. Den Eissee sieht der Blick, das Werdenfeller Land, und durch Regenschwaden dümmern gebieterisch, dräuend fast, die hohen Berge Tirols. Bei klarem Wetter aber kann man sicherlich bis weit hin zu den Gipfeln der Schweiz schauen.

Wir passieren den Weg, der vom Eissee zum Gipfel führt, über-schweben die Wiener-Neustädter Hütte. Näher und näher kommt die Bergstation: Schnee und fahler Fels. Unendlicher Zauber -- Vollkommenheit, Atemanhalten: Stufe V, die letzte und die Bergstation, wird erreicht.

Von dort soll ein gefahrloser und bequemer Weg zum Gipfel ausgeprengt werden. Berkauflich ist er nur bis zum Grat fertig. Aber Schwindelfrei gelangen gefahrlos am Drahtseil teilweise zum Observatorium und zum Münchener Haus. Vom Grat aus zeigen sich lokalblau schimmernde Berge des Annals, Stubai und Deglaler. Unendlich weit und weiß glänzt das bayerische Schneefar.

In der Wartehalle der Bergstation trifft ich die Arbeiter: gebräunte, wetterfeste Gestalten, Männer mit blühenden Augen und frohem Lachen. Geht es doch jetzt wieder talwärts für einen freien Tag. Viele Tage sind sie jetzt oben. Wochen waren es oft im Winter; denn da war der Abstieg gar zu schwierig. Stille Helden, diese Arbeiter, von denen auch einige ihr Leben lassen mußten.

Die Abwärtsfahrt geht unter stärkerem Regen vor sich. Die Wolken hängen ganz tief.

Am nächsten Morgen ist Ehrwald im Flaggenschmud. Aus nach und fern kommen Schaulustige und geladene Gäste. Kurz vor 11 Uhr kommt der Zug mit den deutschen Ehrengästen und Pressevertretern. Salutschließen; stille Rasse, Redner... Die Bergfahrt der Festgäste beginnt.

Ich aber sitze im Auto zum Schnellzug Garmisch-München, grüße noch einmal den herrlichen Bergriesen -- und in wenigen Stunden werde ich vor dem Mikrophon des Stuttgarter Rundsenders stehen.

Rein Tag der Wunder der Technik!

### Dirigenten, Spieler, Sänger.

Zum Ersatz für die fehlenden öffentlichen Konzerte zeigen sommerlich die größeren Konservatorien, Akademien und Hochschulen, was sie mit ihren Schülern zu leisten imstande sind. Solche Beurteilungen sind nicht einfach, weil man ein Gesamtbild von der musikalischen Persönlichkeit des Spielers durch den Vortrag eines einzelnen Werks nicht erhalten kann. Mehr schon kann man über den Geist einer Schule auslegen und über die Richtlinien, nach denen die jungen Leute unterwiesen werden. Absolute Vorträge sind kaum zu beobachten, große Talente selten. Am schwierigsten ist die Beurteilung bei Kapellmeisterschülern. Professor Julius Pr ü w e r stellte an die Spitze des wohlbesetzten Hochschulorchesters einige Altonen, die allesamt zeigten, daß ihnen die von Keuzerlichkeiten freie, ruhige Technik ihres Lehrers zu eigen wird. Sinn für Klang, Verständnis für das Wesentliche in den tragenden und in den stützenden Stimmen wird deutlich. Die Direktion der Faust-Operführung von Spohr ließ aufhorchen, weil hier ein Temperament, ein routiniertes sogar, am Puls stand, ebenso schlen mir die Begleitung der finnischen Variationen von César Franck ein kritischer Beweis für Dirigentenbegabung. Hier zeigte Johanna Freudberg ein virtuoses pianistisches Können, und der junge Karel W e n g e l b e r g dürfte seinen Mann stehen, auch wenn er an noch größere Aufgaben gerät. Bemerkenswert, daß auch eine Dame, die als Pianistin und Geigerin schon außerordentliches leistet (Martha U n z) als Dirigent ausgebildet wird. In einer Partita von Bach erwiesen sich acht Schüler der Klasse Markas als technisch glänzend

fundierte Musiker; es war ein Zusammenspiel, eine Disziplin, die philologisch ohne Trodenheit anmutete. Der junge Schnabel, Arthur Schnabels Sohn, spielte sich in den ersten Satz der Cismoll-Sonate von Beethoven mit träumerischem Anschlag ein und erwies sich auch in den zwei folgenden Sätzen als ein höchst begabter Schüler seines Vaters und des Meisters Kreutzer, trotzdem der letzte Satz einen Zuspätschieben und Nervosität erkennen ließ. Paula Lindberg sang eine Arie von Marcell und das Bachsche Wunderlied „Bist Du bei mir“ mit solchem Stillegefühl und innerer Wärme des Ausdrucks, daß man nicht mehr das Gefühl einer Lernenden, sondern einer fertigen Künstlerin hatte. Professor Raab-Brodmann dürfte mit dieser Leistung zufrieden gewesen sein. R. S.

Die älteste deutsche Linde. Ein ehrwürdiges Naturdenkmal befindet sich am Wege vom Hotelpunkt Staffelsein in Franken, den Scheffel durch sein bekanntes Gedicht unsterblich gemacht hat, nach dem Staffelsee hinauf. Es ist Deutschlands älteste Linde, über die in dem „Naturforscher“ nähere Mitteilungen gemacht werden. Die Ueberreste dieses einst so mächtigen Baumes sind heute von dem Städtchen Staffelsein in Schutz genommen und mit einem Holzbaum umgeben worden. Der hohle Stamm mit seinem gewaltigen Umfang mußt an wie die Ruinen einer alten Ritterburg, und dieser Baum dürfte wohl noch älter sein als die Ruinen des Mittelalters, die heute noch aufragen. Zwei Äste grünen noch; sie stützen sich, vom Alter gebeugt, auf Eisenspfosten, und sind von innen durch drei eiserne Spangen vor weiterem Verfall gesichert. Eine Tafel, die 1925 von der Gemeinde Staffelsein hier angebracht wurde, trägt die folgende Inschrift: „Wanderer, hemme deine Schritte! Du siehst hier die noch lebensfähigen Ueberreste der größten und ältesten Linde Deutschlands. Ihr Umfang beträgt 24 Meter und ihre Höhe 25 Meter. Ihr Alter wird auf mehr denn 1000 Jahre geschätzt. Von den Veränderungen des Landschaftsbildes blieb der mächtige Baum unberührt. Generationen von Menschen sah er kommen und gehen.“

Eine Wiltinger Inschrift in Amerika gefunden? Nach Meldungen aus New York wurde bei Spokane im Staate Washington ein Felsblock mit einer Runeninschrift gefunden, die der norwegische Professor Opsjon entzifferte. Die Inschrift besagt, daß dort vor etwa 1000 Jahren eine kleine Gruppe Wiltinger gelandet sei und einen schweren Kampf mit Indianern zu bestehen hatte. Der Zugang zu dem Grabe, in dem die Gefallenen bestattet wurden, ist noch sichtbar. Auf der Tafel ist auch eine noch früher unternommene Wiltinger-Expedition erwähnt.

Sollte sich die Meldung bestätigen, so wäre damit bewiesen, daß Nordländer lange vor Columbus sogar in so südlichen Gegenden wie Washington gelandet sind.

Ein neues dramatisches Werk von Ernst Toller, das den Titel „Die Klodde des Scheunendiebs“ führt, wird in der kommenden Theaterspielzeit seine Uraufführung an der Berliner Volksbühne erleben.

Bernhard Shaw hat dem E. Fischer-Verlag mitgeteilt, daß er augenblicklich sein neues Bühnenstück schreibt. Die Beschäftigung mit einem großen Werk über den Sozialismus, das eine Zusammenfassung der Shaw'schen Weltanschauung werden wird, nimmt seine ganze Zeit in Anspruch.

## Reichspräsident Löbe für den Anschluß. Eine Rede in Wien.

Wien, 6. Juli. (W.B.) Reichspräsident Löbe hielt heute abend auf Einladung des Oesterreich-Deutschen Volksbundes vor einem zahlreichen Publikum aller Parteirichtungen einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Anschließfrage.

In seinem Vortrag schilderte der Reichspräsident Löbe zunächst die Entwicklung der Anschließbewegung in den letzten Jahren und betonte, daß der Bewegung augenblicklich zwei Motive zugrunde liegen, ein nationales und ein wirtschaftliches. Das nationale Motiv, sagte er, ist die ursprüngliche kulturelle Einheit unseres Volkes, die Bluts- und Stammeszugehörigkeit. Das wirtschaftliche Motiv ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, welche gleichfalls von grundlegender Bedeutung für die Deutschen Oesterreichs und Deutschlands ist. Der Reichspräsident erinnerte dann an das Selbstbestimmungsrecht, das den übrigen Völkern Europas zugestanden worden sei. Ausgenommen von diesem Prinzip seien die unterlegenen Länder, die Deutschen und die Ungarn. Nicht Gerechtigkeitsgefühl, sondern die Mentalität des Siegers habe hier diktiert. Der Verstoß gegen die Gerechtigkeit infolge Nichtanerkennung der Willensfreiheit Grundzüge könne aber nur solange Bestand haben, als die Mentalität der Sieger die europäischen Geschicke bestimmt. So wie jedoch die Sanktionen in den besetzten Gebieten fallen mußten, und wie die Besetzungen beendet werden müssen an dem Tag, wo Locarno und der Völkerbund alle Sicherungen bieten, gerade so wird das Verbot der Sieger an die Besetzten fallen, wenn das Verhältnis gleichberechtigter Nachbarn in den europäischen Ländern Geltung findet. Neue Veränderungen der Beziehungen unter den europäischen Völkern bedeuten automatisch einen Schritt vorwärts in der Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands. Wenn die Kontrollen aufhören, dann geschieht ein Schritt weiter zur staatlichen Unabhängigkeit, der an seinem Ende auch das Aufhören des Anschließverbots bedeutet.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beginnt die Periode, in der es mit den anderen Völkern über die europäische Frage zu Rat sitzen und entscheiden wird.

Dies ist der wichtigste Wechsel in der europäischen Konstellation. Der Reichspräsident verwies auf die in der letzten Zeit immer deutlicher hervorgetretenen englischen Stimmen, die stets betonen, daß in dem Augenblick, wo Deutschland in den Völkerbund tritt, eine der wichtigsten Phasen Europas eröffnet wird. Wir wollen auf unser nationales Recht Anspruch erheben. Wir wollen niemanden überlisten, sondern schon jetzt sagen, daß wir nach dem Eintritt in den Völkerbund unsere Forderung sofort erheben werden.

Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Anschlusses kann vom besonderen europäischen Interesse betrachtet werden. Wenn Oesterreich, wie Dr. Seipel in Paris sagte, existenzfähig ist, dann werden wir uns am meisten darüber freuen, denn wir bauen unsere Forderung nicht auf der Not eines deutschen Landes, sondern auf dem freien Willen seiner deutschen Bewohner auf. Wirtschaftliche Gesundheit wird jedenfalls kein Grund gegen eine Vereinigung sein. Die allgemeine europäische Seite der Anschließfrage ist es, die zuerst die Aufmerksamkeit der Engländer auf unser Problem sich hat richten lassen. Die Nachteile der Friedensverträge müssen beseitigt werden.

Europa muß, wenn es gegenüber Amerika nicht ganz ins Hintertreffen gelangen will, eine große wirtschaftliche Einheit bilden. Ich bin für ein Panuropa, aber an die erste Stelle stelle ich den nationalen Zusammenschluß des deutschen Volkes.

Der erste Schritt zur Schaffung dieser wirtschaftlichen Einheit kann nur durch den Zusammenschluß dessen, was auch aus nationalen Gründen zusammengehört, geschehen. Wenn dieser Zusammenschluß das Signal zu weiteren Bündnissen gibt, um so besser. Wenn er den Anstoß gibt, daß nicht nur für unser Land, sondern für ganz Europa diese Zwangsunterscheidungen fallen, dann ist das unser doppeltes Verdienst, und dann sollten gerade diejenigen weniger mißtrauisch sein, die die Lage Europas erkannt haben. Noch muß praktische Arbeit geleistet werden. Gelingt dies, dann ist das übrige nur mehr eine Formalität. Zwei Faktoren treiben das Rad der Entwicklung. Der erste und wichtigste ist unser nationales Recht, der zweite die wirtschaftliche Entwicklung, die als Vorläufer des Zusammenschlusses großer Gebiete Europas zu betrachten ist.

Die Ausführungen des Reichspräsidenten wurden mit anhaltendem stürmischem Beifall aufgenommen.

## Reaktionäre Parteiwirtschaft. Zweierlei Maß in Braunschweig.

Braunschweig, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Bescheide bei Braunschweig war der Posten eines Gemeindevorstehers frei geworden. Die Bevölkerung wählte sich mit großer Mehrheit den außerordentlich tüchtigen Lehrer Heinemann als Gemeindevorsteher. Heinemann ist Demokrat! Als die braunschweigische Regierung Kenntnis davon erhielt, daß der frühere deutsch-nationale Gemeindevorsteher durch einen Demokraten abgelöst worden war, ließ sie durch das Landesschulamt Protest gegen die Wahl Heinemanns einlegen. Auf eine Beschwerde der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erklärte der völksparteiliche Ministerpräsident Raquardt, daß Heinemann nicht „seiner segensvollen Tätigkeit entzogen werden könne“. Heinemann mußte infolgedessen sein Amt als Gemeindevorsteher niederlegen. Die Regierung künftige sich dabei auf ein altes Schulgesetz von 1903. Daß die Regierung aber auch anders kann, geht daraus hervor, daß sie nichts dagegen einzuwenden hatte, daß der deutsch-nationale Generalsstaatsanwalt Holland in seinem Dienstzimmer im Gebäude des Oberlandesgerichts die Geschäfte des Vorsitzenden des Landestirchentages führt. Im Braunschweiger Adreßbuch ist ausdrücklich als Geschäftszimmer des Landestirchentages das Dienstzimmer des Generalsstaatsanwalts genannt. Während die Regierung dem Landesschulrat Dr. Stoelzel jedes Telefongespräch nachrechnete, das er privat geführt haben sollte, duldet sie stillschweigend, daß ihr Generalsstaatsanwalt sein Dienstzimmer zum Geschäftszimmer einer privaten Vereinigung macht.

## Der Schutz der älteren Angestellten. Rückwirkend bis zum 15. Mai.

Das Gesetz zum Schutz der älteren Angestellten, das der Reichstag am 2. Juli angenommen hat, hat rückwirkende Kraft bis zum 15. Mai, nicht, wie bei uns infolge eines Druckfehlers irrtümlich mitgeteilt war, nur bis zum 25. Mai.

Die Ründigungen, die zwischen dem 15. Mai 1926 und dem Inkrafttreten des Gesetzes mit kürzeren als den vorgesehenen Fristen schon erfolgt sind, gelten nunmehr mit der Frist des neuen Gesetzes.

Der belgische Franken erreichte mit 194 für den englischen Pfund einen neuen Tiefstand.

## Friedrichshain und Siegesallee.

Wer heute früh vom Brandenburger Tor auf die „Vinden“ zuschritt, sah mit Erstaunen eine bräunliche junge Dame im Begriff, von einem blauen Sockel herab — und der Charlottenburger Chaussee zuzuwenden. Stillschweigend führte sie dieses Vorhaben nicht aus; denn sonst wäre sie wohl jämmerlich auf die Nase gefallen, da sie in völliger Mißachtung der immerhin beträchtlichen Entfernung vom Erdboden den Blick unablässig geradeaus gerichtet hielt. Und so steht sie wohl noch jetzt da, im Ballettaufzug zu Bronze erstarrt, die mit nichts als mit einer kunstvollen, ganz unüblichen Haartracht bekleidete Diana Professor Lederers. Sie soll belächelt nicht immer an dieser Stelle stehen bleiben und den Durchblick durch das Brandenburger Tor versperren, der eine der wenigen erfreulichen Perspektiven Berlins ist; nur vorübergehend hat man sie dort plaziert, vor ihrer endgültigen Aufstellung im Friedrichshain. Warum? Der Grund dafür ist nicht ganz erkennbar. Wer sich die Diana ansehen wollte, hätte das ebensogut im Friedrichshain wie unter den Vinden besorgen können, besser sogar, da die für den öffentlichen Park bestimmte Statue doch erst richtig in der Umgebung, in der sie wirken soll, gewertet werden kann. Sollte vielleicht die Erklärung für diese seltsame Maßnahme in einem Interview zu finden sein, das im April dieses Jahres die „Deutsche Zeitung“ veröffentlichte? Herr Prof. Lederer gab da einen interessanten Einblick in seine Denkweise. Er äußerte u. a. zu seinem Besucher mündlich: „Das „laufende Mädchen“ (jetzt als „Diana“ bezeichnet) soll im Friedrichshain aufgestellt werden. Mir wäre viel angenehmer im Tiergarten. Aber Oberbürgermeister Böhm hat nun einmal eine Schwäche für seinen Norden. Wer versteht auch dort etwas von dem, was ich gemollt habe. Uebrigens ist diese Plastik die Weiterbildung eines anderen „laufenden Mädchens“, das ich eigentlich zerlegt wollte, das aber kürzlich die Stadt für den Liegenschaftspark in Charlottenburg gekauft hat.“

Käte Kollwitz und Hans Baluschek sind also anscheinend Herrn Lederer nicht salomfähig. Er fühlt sich wohl in der Nähe der Siegesallee. Vielleicht hätte man bei der Aufstellung seiner „Diana“ umgekehrt verfahren sollen: im Friedrichshain zur Probe, endgültig dann aber als Abschluß der marmornen Höhenzollern-Fertigkeiten.

## Der Abschiedsbrief des Selbstmörders. Ein neuer Schwindlertrick.

Vor etwa zwei Wochen machte ein junger Mann den Versuch, sich das Leben zu nehmen, weil er von Einbrechern um sein Hab und Gut gebracht worden war. Er hatte im Polizeipräsidium einen Brief abgegeben, in dem er seine Absicht ankündigte, und war rasch verschwunden. Es gelang damals, den Selbstmord zu vereiteln. Man wandte sich dann an die Wirksamkeit begüterter Leute mit der Bitte, dem jungen Mann beizuspringen. Tatsächlich fanden sich auch Helfer, die ihn wieder in eine geordnete Lebensbahn zurückführten. Auf diese hier bewiesene Wohltätigkeit rechnen anscheinend neuerdings auch andere „Selbstmörder“. Sie gehen in der gleichen Weise vor, bringen einen „Abschiedsbrief“ und wollen sich dann später „retten“ lassen. Das gelingt ihnen aber nicht mehr, da man ihren Schwindel durchschaut. Sie werden so lange festgehalten, bis die Briefe geprüft worden sind. Erweist es sich, daß der Schreiber wirklich hilfsbedürftig ist, so wird er der Wohlfahrtsstelle überwiesen, hat er einen Schwindel in Szene gesetzt, was meistens der Fall ist, so zeigt man ihm die Tür. Auf was für absurde Einfälle diese sogenannten Selbstmörder kommen, zeigt folgender Fall: Ein junges Mädchen kündigt an, daß sie, um sich zu töten, von der Kuppel des Domes springen werde. Wie sie da hinaufkommen würde, sagte sie nicht. Ein anderer erschien mit den erforderlichen Utensilien, einer 3 weilitrigen Flasche Lysof und einem langen Strick.

## Schwere Dachschäden durch das Unwetter.

Bekanntlich sind in Groß-Berlin noch immer zahlreiche Wohnhäuser nicht in Ordnung, so daß das geflügelte Wort vom Schlafengehen mit dem Regenschirm geprägt wurde. Die Unwetter der letzten Tage haben daher auch in den oberen Stockwerken vieler Häuser große Schäden angerichtet. Bei leichtem Regen entstanden nur Flecke an den Decken, aber durch die wolkenbruchartigen Regengüsse prasselten die Wassermassen in die Böden und von da in die Wohnungen hinein, so daß vielfach der durchgewogene Deckenputz herabstürzen droht. Auch die Wohnungseinrichtungen sind, da das Unterfließen von Wänden und Eimern nicht halt, schwer beschädigt worden. Es sei darauf hingewiesen, daß für alle diese Schäden der reparaturfähige Hausbesitzer haftpflichtig ist. Er muß die Decken und Oberwände neu verputzen, unter Umständen auch die Zimmer neu tapezieren lassen, selbst wenn der Mieter die Verpflichtung zu Schönheitsreparaturen unter normalen Umständen übernommen hat. Kommt der Hausbesitzer nicht oder nicht schnell genug seiner Instandhaltungspflicht nach, so ist die Schadensstelle des zuständigen Wohnungsamtes anzurufen. Diese ladet die Parteien zur mündlichen Verhandlung und sucht eine Einigung herbeizuführen. Falls die Einigung nicht zustande kommt, wird dem Mieter eine Bescheinigung erteilt, daß er seinerseits die notwendigen Instandsetzungen der Wohnung vornehmen lassen und die Kosten von der Miete abziehen darf. Ohne solche Bescheinigung sind Abzüge von der Miete nicht zulässig. Wo mehrere Mieter des gleichen Hauses geschädigt sind, klagen sie am besten gemeinsam. Für die Klage wegen beschädigter Einrichtungsgenstände ist das Amtsgericht zuständig. Die gewöhnlich recht erheblichen Kosten für Dachreparaturen wird natürlich der Einzelmietler fast nie aus eigener Tasche aufbringen können. Das Gericht kann aber anordnen, daß der Hundertstel für Instandsetzungen dem reparaturfähigen Hausbesitzer entzogen und von sämtlichen Mietern an die Mietervertretung oder einen anderen Mietervollmächtigten mit dem Auftrag, diese Gelder zweckentsprechend zu verwenden, gezahlt wird. Von allen diesen Rechtsmitteln wird noch viel zu wenig Gebrauch gemacht.

## Die austauschbare „Nachtangabe“.

In Hugenbergs wirklichem Nachorgan findet sich folgendes Inserat:

**Staatsoper.**  
(Platz der Republik 7)  
48. Opern- und Konz. Abt.  
Coburgin.  
Anfang 7 Uhr.

Im redaktionellen Teil läuft eine tägliche Rubrik „Wohin geht es heute“. Und da liest man in alter konservativ-traditioneller Treue:

**Oper am Königsplatz: Lobengrin (7½).**

Das ist schon eine gerissene Geschäftstaktik. Allzu fair dünkt sie uns allerdings nicht. Ruh man schon mit zusammengehörigen Monarchienjahren die Staatsoper am Platz der Republik um der schwarzen Goldenen Moneten, die Hugenbergs rationales Wirtschaften einmal nicht entbehren kann, schlucken, so kann doch in dem kostenfreien Vergnügungsanzeiger die edle Zimmerstraßenleese, vom Inferatenterror gänzlich befreit, dem republikanischen Schandflecken den obligaten Dolchstoß versetzen. Für nicht Einheimische allerdings ist die Sache äußerst schwierig. Der Inferatenteller läuft ja schon richtig, aber mit der redaktionellen Orientierung hapert es doch gewaltig. Aber das ist bei Hugenbergs wohl im allgemeinen so.

Ferien-Schwimmreise für Schüler und Schülerinnen. In diesem Jahre werden zum ersten Male in den städtischen Schwimmhallen und verschiedenen Privat- und Freibädern Ferienreisen zum Unter-

richt der Schulfugend im Schwimmen abgehalten werden. Die Kurse dauern vier Wochen. Die einzelne Unterrichtsabteilung umfaßt etwa zwölf bis fünfzehn Schüler (innen). Voraussetzung zur Teilnahme ist das Einverständnis der Eltern und des Schularztes. Gebühren werden nicht erhoben. Die Erteilung des Unterrichts erfolgt durch schwimmkundige Lehrkräfte, die bereits als Schwimmlehrer tätig waren.

## Ein Kinderspielplatz im Norden.

Das Bezirksjugendamt Prenzlauer Berg hat auf dem Spielplatzgelände „Einsame Pappel“, Gaudy, Ecke Rudolf-Wasserstraße, einen Kleinkinderspielplatz mit Blausch-Becken herrichten lassen. Auf einem großen, freien Platz, eingegrenzt von schönen, dichtbelaubten Bäumen, das Ganze durch einen Zaun abgeschlossen, befindet sich in der Mitte ein wahres Kissenbassin. Eine betonerte Fläche, die nach der Mitte zu etwas abfällt, so daß das Wasser hier tiefer ist und gegen den Rand zu flacher wird. Ueber dem Becken befindet sich die Wasserleitung, die ständig frisches Wasser zuführt. Darin planischen und plätschern nun die Kleinen nach Herzenslust. Sie lassen hier ihre Schiffe fahren, sie machen die ersten Schwimmversuche, bespringen sich mit großem Hallah gegenseitig und fühlen sich ganz ausnehmend wohl dabei. Für Kinder ist das Spielen im Wasser bekanntlich der Inbegriff jedes Vergnügens. Die Puppen werden gebadet, das Puppenbadgeschirr geäubert, die Puppenwäsche gewaschen, ob es gibt hier für die kleine, künftige Hausfrau allerhand Beschäftigung. Es ist ein Nordspiegelbild fröhlicher, ausgelassener, kleiner Menschen und eine wahre Freude zu sehen, wie sich die Kleinen amüsieren. Jede Woche wird das Wasser ganz abgelassen und das Becken vom Sand geäubert. An diesen Tagen prangt die Tafel: „Wegen Säuberung geschlossen“ und die Kleinen Badegäste stehen als Jaungäste traurig hinter verschlossenen Türen. Manche sind recht optimistisch und meinen: „Vielleicht wird doch noch aufgemacht.“ Da steht der Wärter und schrubbt feste, begleitet und beobachtet von vielen neugierigen Kinderaugen. Rechts vom Wasserbecken gibt es eine Halle zum Unterstellen bei Regen, links eine große „Buddelkiste“, Bänke zum Ausruhen und viel, viel Sand. Ein wahres Dorado für die Kleinen des Berliner Nordens.

## Durch einen herabstürzenden Balken erschlagen.

Ein folgenschwerer Bauunfall ereignete sich heute vormittag auf einem Neubau am Stubenrauch-Ring in Brß. Auf einem der dort in der Ausführung begriffenen Neubauten stürzte aus beträchtlicher Höhe ein 6 Meter langer und zwei Zentner schwerer Balken in die Tiefe und traf den unten beschäftigten 41jährigen Bauarbeiter Wilhelm Wegener aus der Stubenrauchstraße 6, am Kopf. W. erlitt einen doppelten Schädelbruch und wurde sofort in das nahegelegende Briher Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Eintieferung verstarb.

Ein weiterer schwerer Arbeitsunfall ereignete sich heute vormittag in der Leipziger Straße 83. Beim Abtransport eines 30 Zentner schweren Geldschrankes schlug der Schrant auf dem letzten Treppenschritt plötzlich um und stürzte auf den 41jährigen Arbeiter Will Schröder aus der Krenzstraße 2. Sch. wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen durch einen Balken des städtischen Rettungsamtes in die Unfallklinik Siegelstraße geschafft. Sein Zustand ist nahezu hoffnungslos.

## Das dreizehnte Opfer von Woltersdorf.

Obgleich vom Gemeindeamt Woltersdorf noch gestern abend bestritten wurde, daß das dreizehnte Opfer der Einfuhrkatastrophe identifiziert sei, stellt sich nunmehr doch heraus, daß schon gestern nachmittag der Arbeiter Maasch aus der Schlieperstraße 29 in Telge die Leiche als die seines Sohnes Bruno erkannt hat. Maasch und seine Frau gehörten mit zu den Verletzten und lagen einige Zeit im Krankenhaus, konnten infolgedessen nicht früher nach dem Schicksal ihres Sohnes nachforschen. Für die Öffentlichkeit dürfte es dabei einigermaßen unerklärlich sein, wie ein preußischer Amtsvorsteher mehrere Tage hindurch die noch nicht identifizierte Leiche als die einer Frau in den mittleren Jahren mit einem Trauring an der rechten Hand bezeichnen kann.

Der Hauptausch für Arbeiterwohlfahrt E. V. hat seine Geschäftsräume nach Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8, verlegt. Fernsprecher Dönhoff 8188.

Im Freibad ertrunken. Im Freibad Wilhelmstrand bei Oberhavel ertrank gestern in den Abendstunden der hiesige Arbeiter René Huberde aus der Brückenstraße 12. Obgleich der Unglücksfall sofort bemerkt wurde, blieben alle Rettungsversuche vergebens. Trotz eifrigen Suchens des inzwischen herbeigerufenen Reichswasserschutz wurde die Leiche noch nicht geborgen.

Der Dank der Stadt. Im Namen des Magistrats spricht Oberbürgermeister Böhm allen Bürgern und Bürgerinnen der Stadt, die am 20. Juni 1926 bei der Durchführung des Volksentscheides über Enteignung der Fürstenerbände im Abstimmungs-vorstand ehrenamtlich als Abstimmungsleiter, Abstimmungs-vorstandsvorsteher, Beisitzer und Schriftführer tätig gewesen sind, den Dank der Stadt aus.

## Unwetterkatastrophe in Sachsen.

Dresden, 7. Juli. (T.L.) Eine fürchterliche Unwetterkatastrophe, wie sie seit 1870 nicht mehr vorgekommen ist, suchte am Dienstag nachmittag die Gegend von Bismarckswerda heim. Nach großer Hitze gingen in der Umgebung heftige Gewitter nieder, die Wolkenbrüche und Schloßentall mit sich brachten. An Fluren, Straßen und Häusern wurde unübersehbarer Schaden angerichtet. Am schwersten wurde der Ort Burkau heimgesucht. Hier trafen drei Gewitter zusammen, die sich in geradezu fürchterlicher Weise ausstießen und die Bewohner in Angst und Schrecken versetzten. Auf die umliegenden Berge ging über eine Stunde lang ein Wolkenbruch nieder. Mit elementarer Gewalt schoben die Wassermassen die Berge herab, ergossen sich ins Dorf und rissen alles mit sich fort. Der Ort bietet ein Bild schrecklicher Verwüstung. In Demitz-Thumitz kamen die Fluten in den Bahngleisen der Strecke Görlitz-Dresden angewälzt und ergossen sich in die Bahnhofsanlagen, die unter Wasser gelegt wurden. Auch weiterhin nach Bautzen stießen die Kartoffelfelder unter Wasser. Bei Spitzmüß ist das Schwarzwasser aus den Wätern getreten.

Neue Erdstöße auf Sumatra. Aus Niederländisch-Indien wird gemeldet: Eine neue Erderschütterung hat Fort de Kock und Sojat heimgesucht. Es sind mehr als 400 Tote zu verzeichnen. Viele Gebäude sind schwer beschädigt worden. Die chinesische Niederlassung ist nur noch eine Ruine. Es herrscht überall Panikstimmung. 70 000 Menschen haben alles verloren und sind obdachlos geworden. Der Schaden wird auf ungefähr 15 Millionen Gulden geschätzt.

Der Australiensieger Elliot Opfer eines arabischen Schützen. Nach einer „Times“-Mitteilung aus Basra ist der schwerverletzte Reichsanwalt Elliot, der den Flieger Cobham nach Australien begleitete, in der Nacht zum 7. Juli gestorben. Es ist jetzt einwandfrei festgestellt, daß sowohl die Beschädigung des Motors als auch die Verletzung des Reichsanwalts durch eine Gewehrkuack herbeigeführt wurde, die wahrscheinlich von einem Araber abgefeuert wurde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

82. Wst., Steglitz, Centre-Ritmoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr bei Wilh. Mittel-Platz 7 wichtige Funktionärung.

# Gewerkschaftsbewegung

## Abhalfterung kranker Arbeiter.

### Die Klage einer Landesversicherungsanstalt.

Die ärztlichen Leiter der Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Baden (Friedrichsheim, Lützenheim und Hirschthal) stellen fest, daß in der letzten Zeit lungenkranken und sonstwie erkrankten Patienten der Heilstätten während ihrer Kurzeit das Arbeitsverhältnis gekündigt wurde. Die Kündigung schied man ihnen in die Heilstätte. Durch diese für die Patienten katastrophale Maßnahme gerieten sie naturgemäß in die größte Aufregung und wurden demnach mißgestimmt, daß sie für ihre Kur und die ärztlichen Ratschläge keinerlei Sinn mehr hätten. Die weitere Folge sei in der Regel eine wesentliche Verschlechterung des körperlichen Zustandes dieser Kranken, womit nicht selten der ganze Heilerfolg in Frage gestellt wird. Schließlich hätten viele der gekündigten Patienten die Kur abgebrochen, so daß die ganzen Kosten für das bisherige Heilverfahren umsonst aufgewendet wurden.

Die ärztlichen Leiter der genannten Heilstätten teilten ihre übereinstimmenden Beobachtungen der Landesversicherungsanstalt Baden mit, die sich daraufhin mit einem Schreiben an die Handelskammer Konstanz, wahrscheinlich auch an die übrigen badischen Handelskammern, wandte. Es heißt in dem Schreiben:

„Wir müssen dieses Vorgehen mancher Arbeitgeber als wenig menschenfreundlich bezeichnen und erlauben uns daher, an die dortige Kammer die dringende Bitte zu richten, daß sie von Kündigungen an Arbeiter, die wegen Krankheit sich in unseren Heilstätten befinden, während der Kurzeit absehen und die Entlassung dieser Arbeiter — wenn sie sich nicht überhaupt umgehen läßt — auf einen Zeitpunkt verschieben, der nach dem Wiedereintritt des betreffenden Arbeiters in den Betrieb gelegen ist.“

Die Wirkung, auf die das Schreiben berechnet ist, wird es zweifellos verfehlen. Die Unternehmer wollen sich doch den Entlassungsgrund gemäß § 123 Ziffer 8 B.D. nicht entgehen lassen, der ja fortfallen würde, wenn die Arbeiter aus der Heilstätte als gesund entlassen sind. Im Effelt bedeutet die Entlassung kurz nach Wiederaufnahme der Arbeit — aus irgendeinem anderen Grunde, um den kein Unternehmer in Verlegenheit kommt, denn dafür hat er ja seine Kasse — für den kaum genesenen Arbeiter nicht minder eine gesundheitliche Schädigung. Doch für den Heilerfolg und die Erfolgsstatistik der Heilstätten ergäbe sich ein günstigeres Resultat, wenn die Entlassung während der Kur unterbleiben würde. Die leitenden Ärzte der Heilstätten können sich natürlich nur um die Arbeiter als ihre Patienten kümmern. Was nachdem aus ihnen wird, ist nicht ihres Amtes.

Immerhin zeigt das Schreiben, wie weit diese moderne Unternehmerpraxis schon um sich gegriffen hat, die Arbeiter während des Heilverfahrens zu entlassen, ohne Rücksicht auf seinen Zweck und die Kosten, erst recht aber ohne die rein menschliche Rücksicht auf den erkrankten Arbeiter. Als „wenig menschenfreundlich“ bezeichnet die ärztliche Meinung das Vorgehen „mancher“ Arbeitgeber. Die Herren Arbeitgeber werden sich gegen diesen Vorwurf gewiss nicht wehren, indem sie geltend machen, daß ihre Betriebe doch nicht etwa dazu da sind, in Menschenfreundlichkeit zu machen, sondern dazu, um Profit zu machen.

Der erfolgreichste Profitmacher Henry Ford aber, der für „Wohltätigkeit“ durchaus nichts übrig hat, beschafft auch den kranken Arbeitern seines Betriebes entsprechende Beschäftigung, damit sie während ihrer Krankheit etwas verdienen und nachdem um so leichter wieder in ihre Arbeitsstelle einrücken können.

Man sieht den Unterschied zwischen dem Verhalten des Mannes der Rationalisierung und dem seiner stümperhaften Nachahmer, die es in der zwischen Rückständigkeit gegen die Arbeiter erheblich weiter gebracht haben als auf irgendeinem anderen Gebiete der Rationalisierung. Jeden Appell an das „gute Herz“ der Unternehmer halten wir von vornherein verfehlt. Indem wir aber solche Erscheinungen feststellen, weisen wir auf die Lücken des Arbeiterschutzes hin und fordern deren Ausfüllung, zum Schutze der Arbeiter gegen die moderne „Menschenfreundlichkeit“ der Unternehmer.

## Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband 1925.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat vor einigen Tagen seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1925 herausgegeben, der auf 239 Seiten einen eingehenden Ueberblick über die Entwicklung des Verbandes, die Tätigkeit des Hauptvorstandes und der örtlichen und bezirkslichen Verbandsinstanzen gibt. Unverkennbar ist der, wenn auch langsame, so doch stetige

### Aufschwung in der Mitgliederbewegung.

Bis zum Beginn des vierten Quartals 1924 sank die Kurve der Mitgliederbewegung noch herab. Seitdem aber trat wieder eine allmähliche Mitgliederzunahme ein. Ende 1924 zählte der Verband 190 006 Mitglieder, Ende 1925 dagegen 200 692 Mitglieder. Das bedeutet eine Zunahme von 10 686 Mitgliedern. Der Fortschritt in der Mitgliederbewegung, die innere Erstarfung des Verbandes prägt sich noch deutlicher aus in der Feststellung, daß die Anzahl der vollzahlenden Mitglieder — nach der durch 52 geteilten Jahresbeitragssumme — Ende 1924 169 088 betrug, Ende 1925 aber 182 754, ein Mehr von 13 666 vollzahlenden Mitgliedern. Das Verhältnis der vollzahlenden zu den buchmäßigen Mitgliedern mit 89,17 Proz. ist als recht gut zu bezeichnen. Beachtenswert ist im Zusammenhang mit den Mitgliederzahlen auch das Ergebnis der alljährlichen Zählung aller Beschäftigten und die Feststellung ihrer Organisationszugehörigkeit. Von insgesamt 859 Filialen geben 856 die Zahl der in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten auf 290 241 an. Von diesen 290 241 Beschäftigten gehörten 191 159 oder 65,9 Proz. der Organisation an. Im Vorjahre gehörten bei nur 273 188 Beschäftigten 180 212 oder 66 Proz. der Organisation an. Von den übrigen 99 082 Beschäftigten sind 26 093 = 26,3 Proz. in anderen Verbänden freigewerkschaftlich organisiert, 15 452 = 15,5 Proz. in gegnerischen Verbänden (daron allein bei den Christlichen 12 402 = 4,2 Proz.) und 57 537 = 57,9 Prozent sind noch vollständig unorganisiert.

In den Jahren 1922/1923 waren nur 4,2 bzw. 4,4 Proz. unorganisiert. Durch die Inflation und ihre Rückwirkung auf die Gewerkschaften ist ein großer Teil der sogenannten Mittläufer dem Verband untreu geworden. Hier ist für die Funktionäre und Mitglieder noch ein großes Feld für die gewerkschaftliche Werbe- und Aufklärungsarbeit gegeben.

Die Wirtschaftskrise spiegelt sich in den Arbeitslosenziffern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes längst nicht in dem Maße wider wie in den Industriebereichen. Zu Beginn des Jahres waren 2082 Mitglieder = 1,07 Proz. arbeitslos, zu Ende des zweiten Quartals 959 = 0,48 Proz. und am Schluß des Jahres 3753 Mitglieder = 1,87 Proz. Lohnbewegungen wurden im Berichtsjahr 728 (darunter 4 Streiks) in 8027 Betrieben mit insgesamt 321 389 Beschäftigten geführt. Die durch die Lohnbewegungen erzielten

### Lohnerhöhungen betragen insgesamt 839 568,22 Mark

oder durchschnittlich 2,61 Mark pro Kopf. Der Hauptteil der Lohnbewegungen fällt in das erste Halbjahr 1925, während im zweiten Halbjahr ein weiteres Heraufschrauben der Löhne unmöglich wurde und alle Kräfte für die Behauptung der erreichten Lohnhöhe eingesetzt werden mußten. Infolge der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage wurde auch in diesem Wirtschaftsjahre versucht, bei Neuabschlüssen von Tarifen hauptsächlich in der Frage der Arbeitszeit Verschlechterungen durchzusetzen. Wenn es auch der Organisation nicht gelang, ihre aufgestellten Forderungen, die auf die volle Durchführung des Achtstundentags abzielten durchzusetzen, so war es ihr aber möglich, das Ansehen der Verwaltungen auf Verschlechterungen überall abzuwehren. Die Zahl der Tarifverträge hat sich von 254 am Schluß des Vorjahres auf 318 oder um 64 bis zum Schluß des Jahres 1925 erhöht. Rechtschutz wurde in 140 Fällen gewährt. Von den angestrebten Klagen wurden 51 mit Erfolg, 40 ohne Erfolg und 23 durch Vergleich erledigt. 23 Klagen waren bei Jahreschluß noch unerledigt und von 3 Klagen blieb der Ausgang unbekannt. Die Kosten für den bewilligten Rechtschutz beliefen sich auf 10 323,19 Mark.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 3 989 068,13 Mark, die Ausgaben 3 265 121,33 Mark. Der Kassenbestand erhöhte sich von 545 028,67 Mark am Schluß des Vorjahres auf 723 946,80 Mark zu Ende 1925.

Erinnert sei hier zum Schluß noch an den im Berichtsjahre abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrag mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und dem Deutschen Verkehrsbund, durch den ein weiteres Stück Weg gebohrt wurde zur Industrieorganisation der im Transport, Verkehr, in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen Beschäftigten.

### Industrieverband der Lebensmittelarbeiter.

Das Abstimmungsergebnis im Verbands der Lebensmittel- und Getränkearbeiter liegt nunmehr vollständig vor. An der Abstimmung beteiligten sich 48 263 Mitglieder, von denen 33 130 für die Verschmelzung, 15 002 gegen die Verschmelzung stimmten. 131 Stimmen waren unglücklich.

Das Gesamtergebnis aller hier beteiligten Verbände wird dadurch nicht beeinflusst. Für die Verschmelzung erklärten sich 56 681 Mitglieder, dagegen 16 514. Ungültig waren 144 Stimmen. Nach den Vereinbarungen über die Urabstimmung werden sich mit den Ergebnissen der Abstimmung die einzelnen Beiräte der Verbände beschäftigen. „Ergeht die Abstimmung eine tragfähige Mehrheit für die Schaffung eines neuen Verbandes, so vereinigen sich die drei Einzelverbände zu einem Verband, in dem die Mitgliedschaft und Beitragsleistung sowie die gezahlten Unterstützungen in den alten Verbänden nach den Satzungen des neuen Verbandes angedehnt werden.“

Von den 130 946 Mitgliedern der drei Verbände haben sich 73 330, d. h. 56 Proz., an der Abstimmung beteiligt und 77 Proz. der Abstimmenden haben sich für die Vereinigung erklärt, jedoch diese aller Wahrscheinlichkeit nach zustande kommen wird.

### Die Beschäftigungslosigkeit in der Textilindustrie.

Der Deutsche Textilarbeiterverband stellt regelmäßig Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in der Textilindustrie an. Nach seinen Feststellungen zeigt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter im Monat Mai 1926 gegen den Monat April folgende Entwicklung:

	April	Mai
Arbeitslose	58 988	58 775
Kurzarbeiter	154 256	150 272

Die Zahl der Kurzarbeiter weist im Monat Mai einen Rückgang von 4000 auf, während sich die Zahl der Arbeitslosen auf annähernd gleicher Höhe gehalten hat. Nach den Feststellungen beträgt die Arbeitsförmung meist 16 bis 24 Stunden wöchentlich. Für den Monat Juni macht sich wieder eine Steigerung der Arbeitslosenziffer bemerkbar.

Von den einzelnen Branchen ist die Seiden- und Kunstseidenindustrie noch am besten beschäftigt. Sie zählte noch 39,1 Proz. Vollbeschäftigte gegen nur 19,5 Proz. in der Seilere und nur 5 Proz. in der Gardinen- und Spitzenindustrie. Am schlechtesten beschäftigt sind die Gawe Barmen, Augsburg, Stuttgart, Pleganz und Berlin. Es folgen dann Kassel, Dresden und Hannover. Die beste Beschäftigung hat Sera aufzuweisen. Der Textilarbeiterverband zieht aus seiner Erhebung die Folgerung, daß mit einer Stagnation des Arbeitsmarktes auf längere Zeit gerechnet werden muß.

### Neue Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik?

London, 7. Juli. (W.T.B.) „Daily News“ ist der Meinung, daß der Ausschub der Beratungen der Achtstundenvorlage im Oberhaus nicht nur der Aufklärung von Mißverständnissen, sondern auch der Wiedereröffnung von Verhandlungen dienen soll. Auch der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ spricht von Gerüchten, wonach die Regierung und die Bergleute seit ein oder zwei Tagen wieder in Föhlung seien.

### Der Streik im Antwerpener Hafen beendet.

Antwerpen, 7. Juli. (T.L.) Nach langwierigen Verhandlungen wurde am Dienstag nachmittag der Streik beigelegt. Die Hafenarbeiter werden am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufnehmen. Am Donnerstag nachmittag tritt die Hafenkommission zusammen, um über eine Erhöhung der Löhne zu verhandeln.

**Gesperrte Gastwirtschaften.** Wie uns der Zentralverband des Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtschaften für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: „Deutscher Hof“, Inh. Krumm, Ludowigstraße. — Restaurant „Zum Eisbär“, Inh. Jocksch, Köpenicker Straße 88. — Die Betriebe Fr. Paarmann, Oberbaumstraße 1 und Brangel, Ede Cuorgstraße. — Prälaten des Ostens, Inh. Wund, Große Frankfurter Straße 16. — Restaurant Rüdert, Frankfurter Allee 1. — Löwen-Böhmisch, Spring u. Jaede, Eibinger Straße Ede Landsberger Allee. — Schultze-Bogenerhof, Inh. Arthur Franz, Kaiserstraße 47/48. — Restaurant „Neu-Heigoland“ bei Rahnsdorf, Inh. Fröhlich. — Restaurant „Rübezahl“, Inh. Döster Müller, Am Müggelsee. — Restaurant „Rafschke, Grünheide und „Vater Fielig“, Grünheide.

Die Sperrung über das Restaurant „Waltersdorfer Mühle“, Inh. Max Behle, in Waltersdorf, wird hiermit aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 26. Juni 1 638 000, d. h. 3 858 mehr als in der Vorwoche. Die Arbeiter, die durch den Bergarbeiterstreik arbeitslos wurden, sind in diese Zählung nicht mit inbegriffen.

Der Streik der New Yorker Untergrundbahner ist am ersten Streiktag ohne Zwischenfall verlaufen. Der Verkehr ist so gut wie eingestellt.

# Wirtschaft

## Ein neuer Seehandlungskandal.

Durch die Kutiser-Affäre kam die Preussische Staatsbank (Seehandlung) in den Besitz des berühmten hanauer Lagers. Die Seehandlung hatte eine Verwertung des Lagers durch die Indag (Industrie-Verwertungs-Gesellschaft Berlin) an und hoffte stark, durch diese Aktion wenigstens einen Teil des durch die Kutiser-Affäre erlittenen materiellen Schadens gutzumachen zu können. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Indag hat, wie die Seehandlung nun mitteilt, das Lager, das nach den Kutiserischen Angaben 9 Millionen Mark wert sein sollte und das von der Seehandlung als Gegenwert von 4½ Millionen Mark heringekommen wurde, an einen französischen Interessenten verkauft. Der Kaufpreis wird leider nicht genannt. Tatsache ist aber, daß der französische Interessent 80 000 Reichsmark in bar bezahlte und im übrigen Wechsel ausstellte, die sich ebenso faul wie die Kutiserischen Wechsel erwiesen. Die Indag sah sich nun gezwungen, mit dem französischen Käufer ein Arrangement zu treffen, demzufolge ihr der Rest des Lagers als Sicherheit übereignet wird. Offen bleibt die Frage, was mit dem Lager in der Zwischenzeit passierte und welcher Schaden der Seehandlung weiter durch diese Manipulationen erwachsen ist.

## Binnenschiffahrtskredite.

Das Reichsverkehrsministerium hat in einer soeben veröffentlichten Denkschrift die Regelung für den Binnenschiffahrtskredit niedergelegt. Die neue Subventionsaktion sieht Maßnahmen Preußens und des Reiches vor. Preußen wird durch Kapitalauffüllung den Schiffshypothekenbanken die Aufnahme ihres Betriebes gewährleisten. Um für die Pfandbriefe der Schiffshypothekenbanken den nötigen Markt zu schaffen, erklärt sich das Reich bereit, insgesamt 6 Millionen Mark für die Stützung der Pfandbriefe zu verwenden und zwar in der Art, daß das Reich Schiffspfandbriefe zum Rennwert übernimmt. Die Pfandbriefe sind zehn Jahre unkündbar und sollen vom 11. Jahre ab mit 10 Proz. des Betrages pro Jahr eingelöst werden. Den Banken selbst werden die Staatsmittel zu 5 Proz. mit der Verpflichtung zur Verfügung gestellt, daß der Zinsfuß für Schiffsdarlehen nicht über 6 bis 6½ Proz. liegen darf.

## Steuerfreudigkeit.

Der Reichsminister der Finanzen hat folgende Verfügung an die Landesfinanzämter herausgegeben: „Mir ist aufgefallen, daß es in allen Landesfinanzbezirken eine Reihe von Steuerpflichtigen gibt, die noch über ein erhebliches Vermögen verfügen, aber für die jetzt im Gang befindliche Frühjahrsveranlagung kein oder doch nur ein ganz geringes Einkommen deklariert haben. Bei einem Teil dieser Pflichtigen wird auf Grund der Buch- und Betriebsprüfungen noch ein wesentliches Einkommen veranlagt werden. Bei einem anderen Teil wird dagegen tatsächlich kein oder nur ein geringes Einkommen festgestellt werden, sei es nun, daß die Buch- und Betriebsprüfung die Angaben des Pflichtigen im wesentlichen bestätigt, sei es, daß sich auch ohne Buch- und Betriebsprüfung schon heute übersehen läßt, daß ein Verlust vorhanden ist.“

Es wird zu prüfen sein, ob bei den genannten Steuerpflichtigen die Besteuerung nach dem Verbrauch gemäß § 49 ESt.G. geboten ist. Ich verweise in dieser Beziehung auf meine Kundertasse vom 29. Dezember 1925 — III c 7600 — und vom 9. März 1926 — III c 1600 —. Wenn in diesen Erlassen in erster Linie die Großgrundbesitzer erwähnt waren, so lag das daran, daß damals bei der Herbstveranlagung fast ausschließlich Landwirte veranlagt wurden. Die Erlasse gelten selbstverständlich für alle Steuerpflichtigen, insbesondere also auch für die Inhaber großer gewerblicher Betriebe und großer Kapitalvermögen. Wenn die Voraussetzungen der vorbezeichneten Erlasse zutreffen, kann demgemäß bei Steuerpflichtigen, die endgültig veranlagt werden, die Besteuerung nach dem Verbrauch vorgenommen werden. Bei den Steuerpflichtigen, bei denen eine Buchprüfung schwebt, ist entsprechend den Anweisungen des Kundertasses vom 9. März 1926 — III c 1600 — zu prüfen, ob eine vorläufige Veranlagung nach dem Verbrauch geboten ist.“

Beantwortlich für Politik: Graf Neurath; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schuler; Sozialisten: Dr. John Schömann; Sozialen und Gewerkschaften: Fritz Kahlert; Arbeiter: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Friedrichs-Verlag, Berlin und Berlin-Verlag, Berlin u. a., Berlin. E. B. G. Lindenstraße 2.

**Berliner - Elektriker - Genossenschaft**  
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzberg 9832

Ausstellungsraum und Lager  
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften  
**Trauringe**  
zu billigsten Preisen  
in den gediegensten Ausführungen  
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30  
W. Passauer Straße 12

**Holzhäuser** liefert seit 25 Jahren  
Dickmann A.-G., W 57  
Wochenendhäuser - Prospekt gratis!  
Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

Für Sommer- und Kinderesic  
Papiermützen, Scherzachen,  
Illuminationsartikel,  
Feuerwerk, Wachsdielen,  
Yombola-Sortimente,  
Lose - Niete, Nummernblocks  
Große Auswahl,  
Billigste Preise.  
**Pohl & Weber Nachf.**  
Spittelmarkt 4-5 III.  
Verlangt Sommerpreislste Nr. 5

**Korbmöbel**  
Große Auswahl! Billige Preise!  
Peddigröhrtsch  
von 3,35 M. an  
Peddigröhrtsch  
von 7,30 M. an  
Spezial-Korbmöbelhaus  
Edmund Völk  
Neukölln, Berlin Nr. 11,  
Anzahlung gestattet

**Metallbetten**  
Stahlmattressen, Kinderbetten günstig zu Priv.  
Kat. 650 fr. Eisenmöbelwerk Suhl Thür.  
**HUNDE**  
Katzen, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neben Kriegerversammlung  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Mieten Sie von uns**  
Belichtung Körper jeder Art  
in 6 Monaten Ihr Eigentum  
Möbelverleiher  
Wäsch-Tische  
Wärme  
Raddatz & Co.  
Berlin W 66  
Leipzigerstrasse 122-123